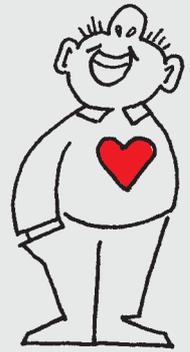




MALXE BLATT

mit Herz und Schnauze



11/2012

DIE LINKE. -Zeitung für Forst und Umgebung

In Forst zeigte man Flagge – gegen Nazis



Am 06.10.2012 fand in Forst unter dem Motto »Kein Heimspiel für Nazis« eine friedliche Demonstration gegen Rechts statt. Über fünf Stunden demonstrierten empörte Menschen gegen rechte Gewalt, Neonazis in Forst und wachsende Ausländerfeindlichkeit. Wir unterstützen derartige Aktionen ausdrücklich!

Die Redaktion, Fotos: P. Rolf

Sechzehn Wochen Ü50-Party ?



Im September wurde in der Stadtverordnetenversammlung die Gründung eines Festkomitees zum 100. Jahr des Bestehens unseres

Rosengartens beschlossen. Nun wissen alle, dass man sechs Monate vor Beginn der Feierlichkeiten nicht erst mit der Planung beginnen kann.

Unsere Fraktion hatte deshalb vor zwei Jahren bereits die Durchführung eines Workshops zu diesem Thema initiiert. Danach allerdings hatten der Bürgermeister und der Vorsitzende des Rosengartenfördervereins die Angelegenheit in ihre Hände genommen und das störende Element Stadtverordnete weitgehend außen vor gelassen. Nur wenn es um die Genehmigung von finanziellen Mitteln ging, musste die SVV zwangsweise beteiligt werden. Die Gründung einer untergeordneten Unternehmungsgesellschaft (Mini-GmbH) bei der Forster Wohnungsbaugesellschaft hat uns aber auch dieser Aufgabe weitestgehend entledigt. Ständige Anfragen und die Thematisierung des

Jubiläums in der SVV führten, wegen oft fehlenden Interesses bei den anderen Fraktionen, zu keiner Änderung der Arbeitsweise. Im August ist dies dann auch der SPD-Fraktion aufgefallen, und sie beantragte die Gründung eines Festkomitees.

Ende Oktober dann, nach wiederum einem Monat Vorbereitungszeit, fand endlich die erste Sitzung statt. Aber eigentlich war es keine Beratung, sondern die Bekanntgabe dessen, was das Rathaus unter der »weisen« Führung unseres Bürgermeisters mal so für das Volk geplant hat. Plötzlich gab es eine Werbeagentur, die für ein Logo verantwortlich war, das nun schon seit Monaten im Umlauf ist. Eine Liste von Werbepartnern wurde auch präsentiert, u.a. wieder mit der städtischen Wohnungsbaugesellschaft, die trotz dauerhafter Defizite noch Spendengelder übrig haben muss. Eine Veranstaltungsagentur hatte schon mal die Festlichkeiten durchgeplant und der Bürgermeister sich den Segen des Brandenburgischen Ministerpräsidenten geholt.

Die Stadtverordnetenversammlung hat-

te zuvor keine dieser Agenturen je zu Gesicht bekommen, geschweige denn Beschlüsse dazu gefasst. An dieser Stelle wird klar, dass die Gründung einer UG nicht nur Entlastung von Verwaltungsarbeit bringen sollte, sondern das Mitspracherecht und die Entscheidung der SVV nicht gewünscht war und ist.

In einem zweistündigen Vortrag wurden uns dann alle Wohltaten präsentiert. Ein Festkomitee wurde nicht gegründet und für inhaltliche Veränderungen, so wurde uns mitgeteilt, ist es eigentlich schon zu spät.

Das Programm der Festtage soll die Rose in den Mittelpunkt stellen. Wer hätte das gedacht? ➤ S. 2

Spruch des Monats

»In der Demokratie geht die Macht vom Volk aus, doch häufig kehrt sie nicht mehr zu ihm zurück.«

Hellmut Walters

Schorschels Stadtgeflüster

Hallöchen, Leute,

es ist ja, wie es ist! Ein grauer Novembertag, Trauer erfüllt mein Herz und Tränen umspülen meine Füße. Ich habe Mitleid – Mitleid mit dem Forster City-Management. Nicht nur weil diesem die City weggemätscht wurde, sondern auch wegen der Ratlosigkeit, wie die geplanten Meliorationsarbeiten im Stadtzentrum zu bewältigen sind nach dem Motto: »Den faulen Pflu auch abzuziehn, das letzte wär das Höchsterrungene« (siehe LR vom 02.11.2012 – Stadt will Trinkerecken austrocknen). Schwierig, schwierig, – einen toten Brühl zu vermarkten geht ja noch, aber wie mätscht man lebende Trinker? Mit ihnen sprechen, obwohl man deren Sprache nicht beherrschen will? Wer setzt sich schon gern im Angesicht von Glanz und Gloria der Rosenschau, von der so mancher eigenen Glanz erhofft, mit den Suchtproblemen an-

derer auseinander. Also müssen sie weg, diese Ecken, diese Probleme, diese Menschen. Zurzeit mätscht man ja eine einkaufsfreie Zone in der Cottbuser Straße, nutzt doch die leer stehenden Räume für die Trinker. Unter der Losung »Rosensbier für die Rosenschau, alle machen mit« könnten links die Flaschenbier- und rechts die Büchsenbierliebhaber ihr stilles Plätzchen finden und Netto/Rewe wäre wieder mit Leben gefüllt. Ab Juni 2013 könnte es dann nicht »Brennpunkt Brooklyn«, sondern Brennpunkt Mückenwäldchen heißen. Bei Freibier und mit den zwei sonst Gassi-gehende-Hunde-auf-frischer-Tat-ertappen-wollenden Frommeltchen Gehilfen des Ordnungsamtes als liebevolle Betreuer wäre das Problem der Trinker gelöst und die Straßen pölpelfrei. Was an den Kassenhäuschen am Rosengarten zu erwarten ist, weiß man allerdings nicht (siehe FOWO vom 26.10.!) Auch das Fällen der Kastanien am Kegeldamm stimmt traurig, ist aber nicht zu ändern und auch nicht, liebe Frau Helga B, als Ausgleich für die Rettung des Baumes an der Post gedacht, der Sie so gestört hat. Die FWG bekommt für diese Rettung ein Bienchen mit Diamantstachel! Tschüss

Euer Schorschel

Sechzehn Wochen ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Dazu kommt dann die Wiederauferstehung der »Deutschen Rosenschau«. Eine Veranstaltung, bei der sich an einem Wochenende Rosenexperten in Forst treffen. Dagegen kann man keine Einwände haben, aber die Außenwirkung dieser Veranstaltung wird schon jetzt maßlos überschätzt.

Garniert wird das Ganze dann an sechzehn Wochenenden mit Chorgesang, Schlager- und Blasmusik, angeblich ausgerichtet auf ein Publikum jenseits der fünfzig. Nun habe ich selbst diese Altersgrenze überschritten und frage mich immer, was versteht man unter Kultur für die Generationen Ü50? Wer als heute Sechzigjähriger mit Beatles, Stones und Puhdys aufgewachsen ist, muss doch nicht zwingend heute nur noch Volksmusik hören. Vor vielen Jahren war der Freitag der Rosengartenfesttage mal Rockkonzerten oder der immer noch beliebten NDW vorbehalten, heute sind solche Elemente vollkommen verschwunden. Ein Konzert der Band City gilt jetzt als absoluter Höhepunkt der sechzehnwoöchigen Feierlichkeiten. Für die jüngeren Generationen verzichten wir gleich auf Angebote. Das junge Gemüse geht sowieso nicht Blumen gucken.

Ein großes Jubiläum braucht ein Highlight, an das sich die Bürgerinnen und Bürger noch Jahre später erinnern. Davon ist im Festprogramm nichts zu erkennen. Natürlich kostet eine solche Veranstaltung Geld und bedarf einer langfristigen Planung. Gerade deshalb wäre echter Gemeinsinn erforderlich gewesen. Wenn man aber wie der Bürgermeister ein solches Jubiläum zur persönlichen Heroisierung braucht, bleibt wenig Platz für andere und deren Ideen.

Ingo Paeschke

Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE
der SVV Forst



Die Energiewende

Viele Bürger haben in den letzten Tagen eine Information ihres Stromlieferanten erhalten, in der man mitteilt, dass der Strom-

preis ab 1.1.2013 angepasst wird.

Natürlich nach oben. Grund dafür sei die bekannt gegebene Veränderung der EEG-Umlage, die von 3,592 ct/kWh auf 5,277 ct/kWh steigt.

Mit dieser EEG-Umlage wird die Erzeugung von Strom in Anlagen erneuerbarer Energieträger gefördert, die nach dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) vergütet werden. Sie wird einmal jährlich von den Übertragungsnetzbetreibern bekannt gegeben.

Für viele Haushalte bedeutet diese Erhöhung eine große finanzielle Belastung. Hartz-IV-Empfänger, Geringverdiener und Rentner sind besonders betroffen. Auswirkungen hat diese Erhöhung auch auf die Kommunen. Mit Sicherheit wird es bei dieser Erhöhung des Strompreises für 2013 und die folgenden Jahre nicht bleiben. Niemand kann sagen, was uns in Zukunft die Energie kosten wird.

Die Ursachen dafür liegen nicht nur beim EEG, sondern auch bei den gestiegenen Rohstoffpreisen, den Ausnahmen für energieintensive Unternehmen, bei der Zahlung der Ökosteuern und EEG-Umlage, beim Netzausbau und, und, und ... Bisher wird die Energiewende über eine gesetzliche Umlage durch die Endverbraucher bezahlt, die über den Strompreis erhoben wird.

Zu den Fragen der Energieeffizienz, wie zum Beispiel bei der energetischen Gebäudesanierung hört man wenig. Seit Monaten wird diskutiert, wie die Finanzierung dazu erfolgen soll.

Der Vermieter sieht den Mieter in der Pflicht, und verpflichtende Energieeinsparungen für die Industrie sind nicht bekannt.

So kann es nicht bleiben. Strom muss für alle bezahlbar sein!

In den letzten Tagen gab es wieder einen Energiegipfel, zu dem die Bundesregierung eingeladen hat.

Der Gesprächsbedarf ist groß, denn jedes Bundesland verfolgt seine eigene Strategie, ein koordiniertes Zusammenspiel fehlt völlig. Ein gemeinsames Konzept wird gefordert, denn nur so lassen sich die unterschiedlichen Interessen zum Vorteil von Mensch und Umwelt bündeln.

Die Diskussion, ob zentrale oder dezentrale Energieversorgung spielt dabei eine wichtige Rolle. Beides ist notwendig, schon wegen der Versorgungssicherheit. Die Proteste gegen neue Tagebaue, neue Windparks, große Biogasanlagen und den Netzausbau halten an, die Flächenkonkurrenz ist riesengroß und schränkt Wälder und Felder in ihrer Nutzung ein. Zur Energiewende gibt es keine Alternative, aber der Weg dorthin kann unterschiedlich sein.

Wir LINKE sind für eine Energiewende, die bezahlbare Strompreise sichert, die Versorgungssicherheit garantiert und Energieeffizienz fördert! Allerdings funktioniert das meiner Meinung nach im Moment nicht, ohne die fossilen Energieträger einzubeziehen.

Anke Schwarzenberg

Rechtsberatung am Sonnabend, dem 24.11.12,

ab 14 Uhr in der
Geschäftsstelle der LINKEN,
Berliner Straße 22, Forst.

Terminvereinbarung

telefonisch (78 52) oder persönlich
jeweils Montag von 10 bis 14 Uhr,
Dienstag und Donnerstag
von 9 bis 12 und 14 bis 17 Uhr.

Wieder großer Zuspruch!

Die Rechtsberatung am 20. Oktober 2012 hat wieder großen Zuspruch gefunden. Themen waren diesmal Schwerbehindertenrecht, Mietrecht, insbesondere Nebenkostenabrechnung und Probleme mit dem ALG II bei der Übernahme der Kosten für die Unterkunft und beim Wohnortwechsel.

Diplomjurist Michael Elte von der Potsdamer Rechtsanwaltskanzlei Ludwig Zimmermann stand den Bürgern mit gutem Rat zur Seite. Menschen mit Behinderung haben es oft schwer mit dem Eigenbetrieb Jobcenter. Ihre besondere Situation bedarf mehr Aufmerksamkeit und Sensibilität. Das zeigt unter anderem das Beispiel eines Bürgers, der zu einer MAE herangezogen wurde, die er laut Attest des medizinischen Dienstes der Rentenversicherungsträger nicht ausführen kann. Die Folge, eine längere schmerzhaftes Erkrankung.

Die AG Soziales wird auch im nächsten Jahr einmal im Monat eine Rechtsberatung zu allen Themen der Sozialgesetzgebung und zum Arbeitsrecht organisieren. In diesem Jahr findet nur noch eine **Rechtsberatung am Samstag, dem 24. November 2012**, statt.

Die Termine der Rechtsberatung für das nächste Jahr werden rechtzeitig veröffentlicht. Sie erfahren Sie in unserer Geschäftsstelle oder auf unserer Homepage: http://www.dielinke-lausitz.de/partei/ag_ig/ag_soziales_forst/.

Darüber hinaus bietet die AG Soziales in Forst an ihrem Sprechtag allen Bürgerinnen und Bürgern eine kostenlose Beratung zu sozialen Themen und Problemen mit den Ämtern bzw. Behörden an. Gegebenenfalls organisieren wir auch eine Begleitung zu diesen behördlichen Einrichtungen.

*Uwe Neuer
Sprecher AG Soziales Forst*

Der neue Treff für jedermann

»LINKSRUM« stellt sich vor

Uns allen passiert es täglich, dass wir uns über Ereignisse austauschen, die uns berühren, über die wir sprechen wollen, über die wir uns aufregen.

Seien es nun Ereignisse aus dem politischen Tagesgeschehen, dem kommunalen Einerlei oder aus der internationalen Politik und dem Weltgeschehen. Oft enden solche Gespräche mit dem Satz: »Naja, daran können wir sowieso nichts ändern« oder »Schade, ich habe keine Zeit, wir reden das nächste Mal weiter« und so weiter. Hand aufs Herz, wem von uns ist das noch nicht passiert.

Hier setzt die Idee vom neuen Treff »LINKSRUM« an. Wir treffen uns in der Regel einmal im Monat in der Geschäftsstelle der LINKEN auf dem

Max-Seydewitz-Platz, um uns in lockerer und geselliger Runde gemeinsam über politische Themen zu unterhalten und gemeinsam zu streiten. Bei »LINKSRUM« müssen Sie kein Politikwissenschaftler sein, um sich an Gesprächen zu beteiligen. Nein! Frei nach dem Motto »Einfach mal zu Hause raus und quatschen«. Auch müssen wir nicht immer einer Meinung sein. Jedoch ist die friedliche Diskussion und Toleranz gegenüber Andersdenkenden Ihre Eintrittskarte.

Der nächste Treff »Linksrum« findet am 08.11.2012 um 18:30 Uhr in der Geschäftsstelle –DIE LINKE– statt, und Sie sind herzlich eingeladen.

Org.-Team »LINKSRUM«

Post von den Stadtwerken

Viele Forster Haushalte haben in den vergangenen Wochen Angebote für neue 24-monatige Gaslieferverträge erhalten. Als Bonus wird dabei eine Dauerkarte für den Rosengarten 2013 geboten. Wenn allerdings der Preis für den Gasbezug, wie in meinem Fall, um mehr als 300 Euro pro Jahr über dem meines jetzigen Gasversorgers liegt, relativiert sich das Angebot doch ganz erheblich. Hier sind offensichtlich die Preissteige-

rungen der kommenden Jahre schon mal mit eingeplant worden. Ein Vorteil sieht wirklich anders aus. So wird Kundenrückgewinnung nur schwer funktionieren.

Die Privatisierung von 75 % der Stadtwerke vor vier Jahren durch die Stadtverordnetenversammlung hat für die Kunden bisher keine positiven Auswirkungen. Aber dies hatten wir damals bereits vorausgesagt. *Ingo Paeschke*

Zügige Rentenanpassung gegen Altersarmut notwendig!

Seit 2000 haben die Rentner in Brandenburg – wie in Ostdeutschland insgesamt – rund ein Fünftel ihrer Kaufkraft verloren. Vor diesem Hintergrund erklärt der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE in Brandenburg Christian Görke:

Die Situation für Rentnerinnen und Rentner hat sich auch in unserem Bundesland seit dem Jahr 2000 merklich verschlechtert. Auch das Verhältnis zwischen Ost und West entwickelt sich weiter zu Ungunsten der ostdeutschen Rentner: Seit 2000 ist die Kaufkraft der Rentner im Osten – und damit auch in Brandenburg – um rund 22 Prozent und in Westdeutschland um 17 Prozent gesunken.

Vor diesem Hintergrund wird Altersarmut auch für brandenburgische Rentner immer mehr Realität. Dieses Problem wiegt umso schwerer, da sich die Zahl der brandenburgischen Rentner bis 2030 auf rund 850 000 erhöht. Dann wird jeder Dritte der 2,1 Millionen Brandenburger im Rententalter sein; und Altersarmut droht zum Massenphänomen zu werden.

Deshalb spreche ich mich für eine Brandenburger Bundesratsinitiative aus, mit dem Ziel, das Rentenniveau Ost zügig an das Westniveau anzupassen. Der aktuelle Ost-Rentenerwert beträgt zurzeit 24,92 Euro, während es 28,07 Euro im Westen sind. Damit existiert im 22. Jahr nach der Vereinigung Deutschlands noch immer ein erhebliches Rentengefälle von 11,23 Prozent zwischen Ost und West.

Um der Altersarmut in Brandenburg sowie in Ost- und Westdeutschland gleichermaßen entgegenzuwirken, muss außerdem die von der damaligen Bundesregierung Schröder/Fischer beschlossene Absenkung des Rentenniveaus auf 43 Prozent bis zum Jahr 2030 gestoppt werden.

Nur so kann eine Armutsrente für künftige Rentnergenerationen in Brandenburg und in ganz Deutschland verhindert werden.

14. Oktober 2012

Kein Signal gegen steigende Strompreise

Der von Bundesminister Altmaier vorgelegte Verfahrensvorschlag zur Neuregelung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) bleibt nach Auffassung von Umweltministerin (Brandenburg) Anita Tack deutlich hinter den Erwartungen zurück.

»Es ist weder ein Signal für den Vorrang Erneuerbarer Energien und für mehr Klimaschutz noch eine Kampfansage gegen ständig steigende Strompreise«, so Tack. »Jeder Mensch hat ein Recht auf bezahlbare Energie und gesundes Klima.« *11. Oktober 2012*

Newsletter

Koalition verweigert Neuregelung der Nebeneinkünfte

»Ihre öffentlichen Bekundungen, für mehr Transparenz bei Nebeneinkünften zu sorgen, haben die Koalitionsfraktionen heute ad absurdum geführt: In der Sitzung der Rechtsstellungskommission fegten sie nicht nur den Vorschlag der Opposition vom Tisch, Nebeneinkünfte auf Euro und Cent genau anzugeben. Union und FDP lehnten es auch ab, sich mit den seit Jahren vorliegenden Vorschlägen für weitere Einkommensstufen über 7.000 Euro abschließend zu befassen. Das ist eine unfassbare Arroganz der Macht gegenüber den berechtigten Interessen der Wähler und Wählerinnen, die DIE LINKE nicht hinnehmen wird. Alle Abgeordneten sollten dem Beispiel der LINKEN folgen und freiwillig alle Nebeneinkünfte und -tätigkeiten offenlegen«, erklärt Dagmar Enkelmann, 1. Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion DIE LINKE, zu den Ergebnissen der heutigen Sitzung der Rechtsstellungskommission des Ältestenrats. Enkelmann weiter:

»Wenigstens ist jetzt für jedermann klar geworden: Die Koalition agiert in den entscheidenden Gremien anders als in der Öffentlichkeit. Über wohlfeile Sprüche in den Medien hinaus will sie gar keine Lösung und versucht offenbar, das Problem auszusitzen. Statt Transparenz, wie sie 90 Prozent der Wählerinnen und Wähler fordern, stehen Union und FDP für Vertuschung und Geheimniskrämerei. Sie ignorieren damit auch den Willen des Bundesverfassungsgerichts und halten dem Lobbyismus weiterhin die Türen offen. Wer sich in diesem Maß verweigert, hat offenbar auch einiges zu verbergen.« 18. Oktober 2012

Ein Imperium schlägt zurück

Die NSU-Nazi-Mordserie gilt als eingestandenes Totalversagen der Sicherheitsbehörden. Bislang. Inzwischen mehren sich die Attacken gegen den NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages. Dazu erklärt Petra Pau, Mitglied im Vorstand der LINKEN und im Untersuchungsausschuss:

Als die NSU-Nazi-Mordserie am 4. November 2011 aufflog, war das Erschrecken groß. Spitzen-Beamte vom Bundeskriminalamt und vom Bundesamt für Verfassungsschutz räumten Totalversagen ein. Die Bundeskanzlerin und der Bundesinnenminister versprachen bedingungslose Aufklärung. Das war damals. Nun schlägt ein Imperium offenbar zurück. Das Bundesamt für Verfassungsschutz inszenierte eine Medienkampagne mit der Botschaft, der parlamentarische NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestags sei ein Sicherheitsrisiko für Deutschland. Ein Staatssekretär im Bundesinnenministerium warnte den Untersuchungsausschuss des Bundestags und die Medien vor unqualifizierten und ihnen nicht zu stehenden Äußerungen. Der Vorsitzende der konservativen Deutschen Polizeigewerkschaft beschimpft aufklärungswillige Landtagsabgeordnete als »eitel« und überflüssig. Der Vorsitzende des Bundes Deutscher Kriminalbeamter spricht dem Untersuchungsausschuss im Bundestag jegliche Qualifikation ab und versucht einen Keil in ihn zu treiben. Wer all das für Zufall hält, muss naiv sein. Zur Erinnerung: Ein Nazi-Trio zog jahrelang mordend und raubend durch Deutschland. Angeblich unerkannt und deshalb unbehellet. Doch die Fragezeichen werden immer mehr. Und der »bedingungslose Aufklärungswille« der Zuständigen wird immer geringer. Ämter, Behörden und Gewerkschaften attackieren Parlamentarier, anstatt den NSU-Opfern und ihren Angehörigen nahe zu stehen. Schlimm! Berlin, den 20. Oktober 2012

PINNWAND

Termine

in der Geschäftsstelle, Berliner Straße 22

- Di., 13.11.: 18.30 Uhr **Sitzung Stadtfraktion**
- Mi., 14.11.: 18.30 Uhr **AG »Soziales«**
- Di., 20.11.: 18.30 Uhr **Ortsvorstandssitzung**
- Mo., 03.12.: 18.30 Uhr **AG Malxeblatt**
- Di., 27.11.: 18.30 Uhr **Sitzung Stadtfraktion**
- Mi., 12.12.: 18.30 Uhr **AG »Soziales«**

Nächste Treffs »Linksrum«: 8. und 29.11. um 18:30 Uhr in der Geschäftsstelle

Geburtstag

- 13.11.: 90 Jahre Werner Pötzsch
- 15.11.: 100 Jahre Willi Juhr
- 05.12.: 67 Jahre Renate Flemmig
- 07.12.: 89 Jahre Johanna Eitner
- 07.12.: 70 Jahre Dietrich Richter
- 09.12.: 86 Jahre Hans Gebauer

Herzlichen Glückwunsch, unseren Jubilaren, auch all jenen, die hier nicht genannt sind!

Toll, die Energiewende!



Arbeitsplätze schaffen

Aus »Eulenspiegel« Nr. 11/12

Teilhabe

Zehn Prozent der wohlhabendsten Bürger unseres Landes generieren 55 Prozent der Steuereinnahmen, gab jüngst Kanzlerin Merkel zu bedenken. Welchen Anteil sie bei den Steuerhinterziehungen generieren, teilte sie nicht mit. OL

Impressum: Herausgeber: Ortsvorstand Forst DIE LINKE
Redaktion: »AG Malxe-Blatt« beim Ortsvorstand Forst DIE LINKE
V. i. S. d. P.: Anke Schwarzenberg

Kontaktadresse: Berliner Straße 22, 03149 Forst
Telefon (0 35 62) 78 52, Fax 65 07
oder im Internet: www.dielinke-lausitz.de
E-Mail: forst@dielinke-lausitz.de
Lesermeinungen und Artikel auch unter E-Mail: malxeblatt@gmx.de

Die Finanzierung des »Malxe-Blattes« wird durch Spenden unterstützt. Bei Überweisungen:
Sparkasse Spree-Neiße, Kto.-Nr. 3 305 102 780, BLZ 180 500 00, Verwendungszweck: »Malxe-Blatt«

Wenn Sie das »Malxe-Blatt« gelesen haben, geben Sie es bitte an Nachbarn oder Freunde weiter.